

Kölner Stadtanzeiger vom 12.12.2015, S. 8

Weniger Notunterkünfte in den Kommunen

FLÜCHTLINGE Landesregierung wird 10 000 der aktuell 63 000 Plätze abbauen

VON HILMAR RIEMENSCHNEIDER

Düsseldorf. Die Landesregierung will ab 2016 keine neuen Notunterkünfte einrichten. „Wir werden keine weitere Amtshilfe mehr in Anspruch nehmen“, kündigte Innenstaatssekretär Bernhard Nebe am Freitag im Kommunalausschuss des Landtags an. „Das gilt kurzfristig.“

Sporthallen wieder freigeben

Bis Ende Februar sollen überdies 10 000 der aktuell fast 63 000 Plätze in den Notunterkünften des Landes wieder abgebaut werden. Dazu wolle das Innenministerium mit den betroffenen Kommunen reden, wo dies am dringendsten ist. Nebe verband damit die Hoffnung, dass insbesondere die Belegung von Sporthallen deutlich zurückgefahren werden kann. Möglich wird dies, weil das Land bis Jah-

resende neun neue reguläre Unterkünfte eröffnet. Geplant ist dies in Bad Laasphe, Bonn, Euskirchen, Kall, Meschede, Sankt Augustin, Weeze, Wegberg und Wuppertal.

Zum Jahresbeginn soll außerdem die neue Erstaufnahme in Essen ihren Betrieb aufnehmen. Mönchengladbach folgt im Sommer, startet aber jetzt schon als Notunterkunft. Im Laufe des nächsten Jahres will Innenminister Ralf Jäger die Zahl der regulären Plätze für Flüchtlinge auf 60 000 erhöhen, wobei ein Drittel weiter in Notunterkünften leben soll.

CDU-Fraktionsvize André Kuper monierte, die Landesregierung kehre lediglich zu einem Normalstatus zurück: „Was Sie ankündigen, ist die Reduzierung einer Sonderbelastung.“ Dass Kommunen über Amtshilfe zur Einrichtung von Notunterkünften einge-

bunden wurden, habe es nur in NRW gegeben.

Für Phasen einer örtlichen Überlastung plant das Land 5000 Plätze als Puffer ein. Seit September hätten 25 Prozent der 396 Kommunen schriftlich ihre Überlastung angezeigt oder telefonisch um eine Auszeit gebeten, merkte der FDP-Innenpolitiker Henning Höne an. Jäger habe mit seiner früheren Kritik, dies sei „Panikmache“, offensichtlich falsch gelegen. Die Not sei so groß, dass viele Städte und Gemeinden nicht wüssten, wie sie damit umgehen sollten.

Wenn eine Kommune vorübergehend keine Plätze bereitstellen kann, gewährt ihnen die zuständige Bezirksregierung Arnsberg gewöhnlich einen kurzen Zuweisungsstopp. Ganz aus dem System können sich die Kommunen aber nicht verabschieden. Nebe kündigte außerdem an, dass Asylsu-

chende aus allen Westbalkanstaaten nicht mehr an Kommunen weitergeleitet werden sollen. Voraussetzung sei, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wie schon bei Menschen aus Albanien eine bevorzugte Bearbeitung der Asylanträge zusage.

Mehr Vorlauf für Kommunen

Grundsätzlich sollen die Kommunen wieder etwas mehr Vorlauf bekommen – fünf statt zuletzt drei Tage, bevor sie zugewiesene Flüchtlinge aufnehmen müssen.

Bereits früher hatte Jäger eine Verschnaufpause über Weihnachten und den Jahreswechsel angekündigt.

Bis zum 3. Januar sollen alle ankommenden Flüchtlinge in Landeseinrichtungen unterkommen. Danach werde man dieweisungen nur langsam wieder starten, ergänzte Nebe.